

Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Das Uebergangskabinett Bauer.

Drei neue Minister.

Wenn es nach den Absichten der Mehrheit der Nationalversammlung geht, soll die Regierung Bauer mit den bereits im Morgenblatt angebotenen Veränderungen weiterbestehen, aber, wie von allen Seiten erklärt wird, nur als Provisorium, als „Uebergangskabinet“, längstens bis zu den Wahlen.

Eine Veränderung gegen den Stand in der gestrigen Nacht ist nur insoweit eingetreten, als an Stelle des Amtsvorschlags Dr. Holz der badische Finanzminister Dr. Wirth, der bisher den Eintritt in das Ministerium abgelehnt hatte, das Reichsfinanzamt übernimmt. Geheimrat Cuno wird Finanzminister, der Gewerkschaftler Silberschmidt Wiederaufbauminister und der süddeutsche Demokrat Dr. Geßler Reichswehrminister. Die Anregung, das Amt des Reichsstaatskanzlers wieder mit dem des preussischen Ministerpräsidenten zu vereinigen, wird durch den Hinweis auf die Schwierigkeit bekämpft, die entstehen könnte, wenn dem Reichsstaatskanzler in Preußen ein Misstrauensvotum erteilt würde.

Das Bielefelder Abkommen beweist jedem, der sehen will, wie berechtigt die Warnung davor war, die gemeinsame Abwehraktion der rheinisch-westfälischen Republikaner gegen die wirtsch. und vermeintliche Gefahr einer Ueberwältigung durch putschähnlich gesinnte Truppenteile in Putsch und Bogen als „Bolschewismus“ zu bezeichnen. Die große Masse der Beteiligten ist, wie aus der Vereinbarung hervorgeht, bereit, die Waffen niederzulegen, sobald Garantien dafür geschafft sind, daß die reaktionäre Gefahr beseitigt ist.

Auch in Berlin zeigt die restlose Wiederaufnahme der Arbeit, daß der größte Teil auch der radikal gesinnten Arbeiterschaft an alles andere denkt als an gewalttätigen Umsturz. Es herrscht offenbar eher eine seit langem nicht mehr hervorgetretene Neigung zu einem verständigen Zusammenwirken mit allen ehrlich demokratischen und sozial gerichteten Volksteilen. Das geht auch aus einer Erklärung hervor, die das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht. Darin ist folgendes Programm einer Arbeiterregierung entwickelt:

1. Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen. Mannschafteinsatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft; politisch zuverlässige Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes. Freilassung aller verhafteten Revolutionärkämpfer und umfassende Amnestie.
3. Bestrafung aller an dem Rappischen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von revolutionären Kämpfern Verantwortlichen.
4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —. Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien. Umfassende Kommunalisierung.
5. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Fabriken in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.
7. Ausbau der Sozialgesetzgebung. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterhaltungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
8. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Frieden mit Rußland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Es kommt weniger darauf an, ob die einzelnen Punkte richtig oder falsch, einseitig oder verständlich sind. Die Hauptsache ist, daß in einem Augenblick, der zu radikalsten Forderungen aufzufordern scheint, sich deutlich das Bestreben zeigt, eine Politik der Sammlung nicht unmöglich zu machen. Dieses Bestreben verdient Unterstützung und Förderung bei allen Vorkämpfern, die den Wunsch haben, die Zerreißung der Volksgemeinschaft aufzuhalten.

Unter dem Schlagwort der „Einheitsfront gegen den Bolschewismus“ wird diese Zerreißung systematisch gefördert. Der Gefahr der Radikalisierung und Bolschewisierung kann man nicht durch mechanische Mittel begegnen, sondern durch Stärkung des Vertrauens zu der Festigkeit und Fähigkeit der Staatsleitung, Recht und Gerechtigkeit nach allen Seiten zu üben und zu sichern. In den letzten Tagen ist wenig gesehen, ein solches Vertrauen zu rechtfertigen und den Beweis dafür zu liefern, daß wirklich die gesamte bewaffnete Macht dem Wort und Willen der gesetzmäßigen Regierung gehorcht. Gewiß soll nicht eine Politik der Rache betrieben werden, und auch die Truppenteile, die auf Befehl ihrer Vorgesetzten sich zum Werkzeug des Staatsführers hergaben, verdienen nicht

ohne weiteres den Mord, der ihnen vielfach angeheftet wird. Aber auf der anderen Seite muß die Gewißheit dafür geschaffen werden, daß die Urheber und Lenker des Putsches, ohne Ansehen der Person, zur Rechenschaft gezogen werden. Bemerkenswert ist, daß die Meldung des „Vorwärts“, es sei gegen General Ludendorff Haftbefehl erlassen worden, bereits widerrufen wird. Für uns ist niemand schuldig, ehe die Sache untersucht ist. Aber daß im Falle Ludendorff die strengste Untersuchung notwendig ist, bedarf überhaupt keines Beweises. Die Anschuldigungen sind zu schwer, als daß auch nur der Anschein entstehen dürfte, man fürchte sich vor einer restlosen Aufklärung.

Während so auf der einen Seite die Machtmittel des Staats zurückgehalten werden, wird in den Vororten von Berlin nun immer mit „Standgerichten“ gewirkt. Die „Freiheit“ berichtet, daß noch am Dienstag in Köpenick und am Mittwoch in Grünau Todesurteile durch Standgerichte ergangen seien, deren Abschaffung der Reichspräsident verfügt hat.

Es scheint, daß vielfach auch in der Provinz nach Wiederaufnahme der Arbeit schwere Fehler in der psychologischen Behandlung der Arbeiter vorgekommen sind, die neue Etablierung geschaffen haben und das Vertrauen in die Loyalität der Regierung und ihrer Organe weiter untergraben. Hält man diese Tatsachen zusammen mit der Entwicklung in Rheinland-Westfalen, wo die Kampfleistung der „Roten Armee“, unbekümmert um die Bielefelder Vereinbarungen, ihren Feldzug fortgesetzt und Wesel erobert hat, so ergibt sich ein Gesamtbild, das die zwingende Notwendigkeit erweist, durch Taten die verständige Mehrheit der Arbeiterschaft zu beruhigen. J. E.

Die Presse der rechtsstehenden Parteien setzt das Spiel fort, die verhängnisvollen Folgen des reaktionären Putsches den Parteien in die Schuhe zu schieben, die seine Liquidierung mit allen gesetzlichen Mitteln herbeiführen helfen. Wenn es nach den Rezepten der Leute gegangen wäre, die jetzt den Generalfreik als einen unzulässigen Frevel darstellen, so wären Rapp und Lüttich heute noch im Amt und der Zusammenbruch besiegelt. Es sei nur erwähnt, daß nach einem Bericht der „Hamburger Nachrichten“ vom 15. März eine Abordnung der Deutschen Volkspartei bei Herrn Rapp erschien und mit ihm über die Zusammenfassung seines Kabinetts verhandelte. Um den unglückseligen Eindruck einer zu konservativ-reaktionären Zusammenfassung zu vermeiden, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß „das neue Kabinett möglichst weit nach links“ orientiert werden solle. Man sieht, in welchem Maße sich die Deutsche Volkspartei damals auf „den Boden der Tatsachen“ gestellt hatte.

Die Mitwirkung der Gewerkschaften.

Die Frage der Kabinettsbildung ist bis jetzt nur innerhalb der Fraktionen behandelt worden. Wir haben bereits im Morgenblatt darauf hingewiesen, daß nach den Berliner und Bielefelder Vereinbarungen „bei der Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personalauswahl von den Parteien nach Verständigung mit dem am Generalfreik beteiligten Gewerkschafts-Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ gelöst werden soll. Aus Gewerkschaftskreisen wird uns dazu geschrieben, daß bisher ein Einvernehmen mit den Gewerkschaften noch nicht hergestellt worden sei.

Die Verbeibehaltung einer Koalitionsregierung der drei Parteien beruht lediglich auf interfraktionellen Besprechungen. Gegen die vorgeschlagenen Personen des neuen Kabinetts, insbesondere gegen den Reichswehrminister und den Arbeitsminister, seien in der gestrigen Gewerkschaftssitzung Einwände erhoben worden. Aber es fehlt noch an geeigneten Gegenvorschlägen, da in den Reichsparteien nur wenig Abgeordnete bereit seien, in das neue Uebergangskabinet einzutreten.

Die Stellung der demokratischen Fraktion zu den „neun Punkten“ ist jetzt soweit geklärt, daß heute nachmittags eine Entschließung der Fraktion der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die Fraktion hat die neun Punkte in der vorgeschlagenen Form nicht annehmen zu können gemeint. Insbesondere richten sich die Bedenken gegen die Punkte 1, 4, 6 und 7. Diese Punkte wird die Fraktion jedenfalls nur unter Vorbehalt und unter der Voraussetzung einer anderen, die Grundsätze der Demokratie und die Bestimmungen der Verfassung mehr berücksichtigenden Formulierung annehmen.

Die Meldung, daß das preussische Kabinet dem Präsidenten der Landesversammlung seine Demission überreicht habe, wird jetzt demontiert. Anscheinend hat die Vertagung der Neubildung des Reichskabinetts die verständige Absicht, in Preußen den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, zunächst wieder ins Wasser gebracht. Zunächst...

Zum Nachfolger des preussischen Ministers des Innern Seine Reichskommissar Severing ausersehen.

Die neue Regierung.

Die Idee der Neubildung des Reichskabinetts ist aufgegeben. Es handelt sich nur noch um eine Umbildung. Sie wird wahrscheinlich noch im Laufe dieses Tages vollzogen sein. Im Augenblick sehen die Namen aller Mitglieder noch nicht fest. Aber unabweisbar fest steht bereits der Geist, der diese Umbildung leitet. Und dieser Geist ist unverändert der alte, der zur völligen Zerstörung der deutschen Wirtschaft, zu unauf löslicher Verwirrung der inneren Verhältnisse des Reiches und schließlich zum Rapp-Putsch geführt hat.

Das Mindeste, was nach dem Vorgegangenen als selbstverständlich erscheinen mußte, war der Rücktritt des gesamten Kabinetts. Ebenso selbstverständlich war, daß von den führenden Persönlichkeiten des Ministeriums Bauer keine wieder ein Portefeuille zugewiesen erhielt. Präsident Ebert mußte einen Mann mit der neuen Bildung des Ministeriums betrauen dessen Name allein bereits Gewähr für eine Beruhigung der Gemüter bot, und dieser neue Reichsstaatskanzler hätte sich sein Kabinet aus solchen Politikern zusammenstellen müssen, die bereit waren, die von ihm zu befolgebende grundsätzliche Politik mitzumachen. Statt dessen haben sich die bisherigen Verhandlungen schon in Formvollzogen, die ebenso unparlamentarisch wie erspörend waren. Es ist in einem großen Gremium verhandelt worden, in Gegenwart des Reichspräsidenten, sämtlicher bisheriger Kabinettsmitglieder und von Vertrauensleuten der Parteien. Es haben Debatten über die Tätigkeit der einzelnen Minister stattgefunden. Unter dem Eindruck dieser Debatten sind sogar die Inhaber einzelner Portefeuilles, die an sich zum Rücktritt bereit waren, man möchte beinahe sagen, unethisch gezwungen worden, ihre Absicht aufzugeben. Die Mehrheit der Minister war jedenfalls bereit, unter allen Umständen im Amt zu verbleiben.

Man gewinnt den Eindruck, daß diese Minister das Wesen des Parlamentarismus immer noch nicht begriffen haben und noch vollkommen im Geiste des alten Beamtenstaates leben, obwohl sie sich Sozialdemokraten nennen. Für den zum Minister aufgestellten Beamten war der Abschied das meist unerwünschte — Ende seiner Laufbahn, zumal infolge der fast immer damit verknüpften allerhöchsten Ungnade eine Wiederberufung ausgeschlossen schien. Die alten Beamten-Minister klammerten sich daher mit begreiflicher Zähigkeit an ihre Sessel. Der parlamentarische Minister aber geht, wenn es die politische Situation erfordert, und kehrt wieder, so bald sie sich ihm wieder günstig gestaltet. Für ihn ist deshalb der Rücktritt keinerlei Ende und keinerlei Schande. Und je rechtzeitiger er sich zum Rücktritt entschließt, desto wahrscheinlicher wird seine Wiederkehr.

Es ist mithin schon an und für sich den neuen Verhältnissen direkt zuwider, daß augenblicklich tagelang über den Rücktritt von Ministern verhandelt werden muß, so bedeutet die Fähigkeit des Festhaltens an den Ämtern angesichts des furchtbaren Grades der Lage des Reiches einen geradezu erschreckenden Mangel an staatsmännischer Einsicht. Man könnte ja sagen, daß es sich diesmal in des Wortes wahrster Bedeutung nur um ein Uebergangskabinet handelt. Denn am 6. Juni sollen bereits die Wahlen stattfinden, und in der Zwischenzeit wird, da nun einmal die Entscheidung des Volkes angezweifelt ist, keine grundsätzliche Maßnahme in der Politik mehr getroffen werden können. Jedoch abgesehen davon, daß staatsmännischer Geist selbst in der kürzesten Uebergangsfrist recht nützliche Vorbereitungsarbeit leisten könnte, würde der Hinweis auf den Uebergangskarakter des jetzt zu bildenden Kabinetts doch nur gegenüber solchen Einwendungen wirksam sein, die sich gegen den sachmännischen Charakter des einen oder anderen Ministers geltend machten.

In einer Beziehung aber ist gerade dieses Uebergangskabinet von der allergrößten Bedeutung: Es soll dafür bürgen, daß bis zu den Wahlen Ruhe im Lande herrscht. Und deshalb müssen in ihm unter allen Umständen Männer sitzen, die das Vertrauen sowohl der Parteien als auch der Massen im Lande besitzen.

Weite Kreise des Bürgertums, aber anscheinend doch auch manche Persönlichkeiten, die an der Spitze sozialistischer Organisationen stehen, glauben merkwürdiger Weise immer, wenn in Deutschland einmal ein paar Tage nicht geschossen worden ist, daß wieder alles in schönster Ordnung sei. Sie vergessen, daß alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, nicht etwa besondere Putsch oder besondere Revolutionen gewesen sind, sondern daß es sich hier um Zersetzungsarbeiten einer und derselben Revolution handelt. Diese Revolution, die nicht am 9. November „gemacht“ worden ist, sondern sich seit den Tagen des Hindenburg-Programms entwickelt hat, ist noch nicht zu Ende. Deutschland steht mitten in ihr. Und selbst der vorläufig letzte Akt in der Revolution ist noch nicht zu Ende gespielt. Nach der Auffassung erheblicher Teile der Arbeiterschaft, die man doch nicht einfach ignorieren kann, ist der Generalfreik von gestern nur abgebrochen. Er kann jederzeit wieder aufflammen. Aber selbst wenn das technisch unmöglich sein sollte, so muß mit der Gefahr einer dauernden Benurückung des Wirtschaftslebens durch Teilstreiks und Revolten gerechnet werden. Vor allem steht das Rheinland noch immer in Flammen. Und wenn es jetzt nicht gelingt, gründlich Ruhe zu schaffen, so genügt die kurze Zeit des Uebergangs bis zu den Wahlen gerade dazu, um auch noch die Reste deutscher Wirtschaft zu zertrümmern, statt endlich dem Aufbau die Wege zu ebnen.